

Wochenspiegel

Darüber diskutiert Frankreich

11. - 17. April 2026

Am heutigen 17. April werden der französische Präsident Emmanuel Macron und der britische Premierminister Keir Starmer in Paris eine Konferenz zur Sicherung der Schifffahrt im strategisch wichtigen Hormus-Kanal leiten. Teilnehmen wird auch der deutsche Bundeskanzler Friedrich Merz. Ziel der Konferenz ist es, einen „multilateralen und rein defensiven“ Ansatz zu verfolgen, um die Wiedereröffnung des Kanals nach dem Ende des Krieges zu unterstützen. Frankreich und seine Partner wollen die durch den Konflikt beeinträchtigte Freiheit der Navigation wiederherstellen und befürchten weitreichende wirtschaftliche Folgen. Macron betont, dass Frankreich eine Einführung von Durchfahrtsgebühren durch den Iran nicht akzeptieren werde. Zudem plant er, Minenräumboote in die Region zu schicken, um den Kanal zu sichern. Die Teilnehmer der Konferenz werden über eine Lösung für eine sichere Schifffahrt sowie über diplomatische Lösungen für die iranischen Atom- und Raketenprogramme diskutieren. Es bestehen jedoch einige Differenzen über die Rolle der USA, da Macron eine Mission ausschließlich mit neutralen Staaten durchführen möchte, während Merz eine Beteiligung der USA anstrebt.

Am 16. April wurde der von der macronistischen Abgeordneten Caroline Yadan vorgeschlagene Gesetzesentwurf (PPL Yadan) gegen Antisemitismus in der französischen Nationalversammlung zurückgezogen. Der umstrittene „PPL Yadan“, der Antisemitismus als radikalisierten Antizionismus anprangern wollte, stieß auf starke Kritik von links, die dessen Auswirkungen auf die Meinungsfreiheit anprangerten. Eine Petition gegen das Gesetz erreichte mehr als 700.000 Unterschriften und verstärkte den Druck auf die Exekutive. Infolgedessen wurde der „PPL Yadan“ zurückgezogen. Die politische Auseinandersetzung um den „PPL Yadan“ führte auch zu einer weiteren Spaltung zwischen der Regierung und ihrem politischen Lager, da die Abwesenheit von Gabriel Attal, dem Vorsitzenden der Gruppe „Ensemble pour la République“, für Unmut sorgte. LFI feierte das Scheitern des Gesetzes als Sieg. Die beauftragte Ministerin für die Gleichstellung von Frauen und Männern und für die Bekämpfung von Diskriminierung, Aurore Bergé, plant nun, ein neues Gesetz im Konsens mit allen Parteien zu erarbeiten.

Nachdem ein Gesetzesvorschlag zur Erweiterung der Arbeitsmöglichkeiten am 1. Mai zunächst gescheitert ist, hat Premierminister Sébastien Lecornu am 15. April 2026 eine „pragmatische Lösung“ versprochen, damit z.B. Bäcker und Floristen an diesem Tag normal öffnen können. Der Premierminister kündigte an, dass die Regierung eine schnelle Lösung anstrebt, die es Bäckereien und Floristikbetrieben mit Angestellten ermöglicht, am 1. Mai zu arbeiten. Der Fokus liege dabei auf handwerklichen Bäckereien, nicht auf industriellen Bäckereien, die ursprünglich in den Gesetzesvorschlag aufgenommen werden sollten. Die Linke und Gewerkschaften hatten sich vehement gegen die geplante Ausweitung ausgesprochen. Lecornu empfängt am Freitag die Bäcker- und Floristenverbände zu Gesprächen.

Am 16. April wurde ein Gesetzesvorschlag zur Änderung der Arbeitslosenversicherung in der französischen Nationalversammlung abgelehnt. Der Vorschlag, der ein Abkommen zwischen den Sozialpartnern zur Kürzung der Dauer der Arbeitslosenentschädigung bei einer „rupture conventionnelle“ (freiwillige Trennung) vorsah, wurde von den Abgeordneten mit 77 zu 32 Stimmen abgelehnt. Der Text hatte bereits am 1. April den Senat passiert. Die Abgeordneten der linkspopulistischen *La France Insoumise (LFI)* engagierten sich besonders gegen das Gesetz, ebenso wie die Grünen und Kommunisten, die ebenfalls für Änderungsanträge stimmten. Die Sozialisten enthielten sich der Stimme, während der Rest der Abgeordneten, einschließlich der Mitte und der extremen Rechten, gegen den Text stimmte. Premierminister Lecornu kündigte eine zweite Lesung des Gesetzes an, da die Ablehnung seiner Meinung nach auf einer unzureichenden Mobilisierung der Abgeordneten beruhte, wodurch LFI eine Mehrheit bilden konnte. Der Staat erwartet durch die Maßnahme Einsparungen von rund einer Milliarde Euro.

Der Autokonzern Stellantis hat am 16. April angekündigt, die Fahrzeugproduktion im Werk Poissy bei Paris bis 2028 einzustellen. Betroffen sind vor allem die Modelle Opel Mokka und DS3. Grund sind unter anderem Überkapazitäten in einem schrumpfenden europäischen Automarkt. Das Werk soll jedoch nicht vollständig geschlossen werden: Stattdessen plant Stellantis Investitionen von rund 100 Millionen Euro bis 2030, um die Produktion auf Ersatzteile, Karosseriebau, Fahrzeugdemontage und 3D-Druck umzustellen. Damit soll die industrielle Tätigkeit am Standort erhalten bleiben. Trotz dieser Umstrukturierung wird ein deutlicher Stellenabbau erwartet: Die Zahl der Arbeitsplätze könnte sich bis 2030 etwa halbieren. Laut Unternehmensleitung sollen dennoch keine Entlassungen erfolgen, da man auf natürliche Abgänge wie Renteneintritte setzt. Die Entscheidung steht im Zusammenhang mit einer umfassenderen Strategie des Konzerns, sich an die veränderten Marktbedingungen anzupassen. Gleichzeitig prüft Stellantis Kooperationen mit chinesischen Partnern, um wettbewerbsfähig zu bleiben und neue Produktionsmöglichkeiten in Europa zu erschließen.

Die Mitglieder der Partei Les Républicains entscheiden an diesem Wochenende über das Verfahren zur Bestimmung ihres Kandidaten für die Präsidentschaftswahl. Insgesamt 76.653 Parteimitglieder sind laut Generalsekretär Othman Nasrou zur Abstimmung berechtigt. Die Wahl findet vollständig online statt, beginnt am 18. April um 8 Uhr und endet am 19. April um 18 Uhr. Die Ergebnisse werden noch am Sonntagabend erwartet. Zur Auswahl stehen drei Möglichkeiten: eine geschlossene Vorwahl, an der nur Parteimitglieder teilnehmen dürfen, eine offene Vorwahl, die auch Sympathisanten einbezieht, oder die direkte Bestätigung der Kandidatur von Bruno Retailleau, der bereits im Februar seine Präsidentschaftskandidatur angekündigt hat.

Führende Vertreter der Parteien Renaissance, Horizons, MoDem und UDI haben sich erstmals zu einem gemeinsamen Treffen mit Blick auf die Präsidentschaftswahl 2027 getroffen. Ziel ist es vor allem, Spannungen im eigenen Lager zu vermeiden und eine Eskalation zwischen möglichen Präsidentschaftskandidaten zu verhindern. Die Teilnehmer einigten sich auf eine Art Fairness-Abkommen für den Wahlkampf, damit sich mögliche Kandidaten wie Édouard Philippe oder Gabriel Attal nicht gegenseitig öffentlich angreifen. Gleichzeitig zeichnet sich innerhalb des Bündnisses ein vorläufiger Konsens gegen die Organisation einer Vorwahl ab, die nach Ansicht mehrerer Beteiligten derzeit weder möglich noch sinnvoll wäre. Konkrete Entscheidungen über gemeinsame Regeln, einen Zeitplan oder eine mögliche gemeinsame Kandidatur wurden noch nicht getroffen. Innerhalb des Lagers bestehen weiterhin unterschiedliche Positionen, etwa über mögliche Bündnisse mit den konservativen Les Républicains und deren Vorsitzendem Bruno Retailleau. Eine weitere Sitzung des Koordinationsgremiums ist für Anfang Juni geplant.

PARLAMENT, PARTEIEN & PERSONEN



Ein Jahr vor den Präsidentschaftswahlen kündigte Emmanuel Macron ein **Gesetzesvorhaben an, das die französischen Wahlen vor ausländischen Einflussnahmen schützen** soll. Im Élysée warnte er mehrere hundert Bürgermeister vor Manipulationen, insbesondere durch Russland, das in Wahlzeiten massenhaft gefälschte Konten kauft. Er verwies auf ähnliche Einmischungen in benachbarten Ländern wie Moldawien, Rumänien und Deutschland. Der französische Präsident kündigte an, dass die Regierung Maßnahmen ergreifen werde, um die Wahlen vor solchen Einflüssen zu schützen. Ein zentrales Ziel sei es, auf europäischer Ebene gegen Fake-Accounts vorzugehen. „Europa muss der erste Raum sein, in dem diese Konten verboten werden“, betonte er. Zudem sprach er sich dafür aus, die Regulierung sozialer Netzwerke zu verstärken, um den demokratischen Dialog zu bewahren und den Kauf politischer Meinungen einzuschränken. Das geplante Gesetz umfasst sowohl gesetzgeberische als auch regulatorische Maßnahmen, um die Integrität der Wahlen zu wahren und eine Manipulation durch ausländische Akteure zu verhindern.

DIE ZAHL DER WOCHE

3	8	4	7
5	0	6	5
7	4	3	1
9	8	2	0
			1

130

In Frankreich haben mehr als **130 Schriftstellerinnen und Schriftsteller** dem renommierten Grasset-Verlag den Rücken gekehrt. Auslöser ist die Entlassung des langjährigen Verlagschefs Olivier Nora, hinter der viele den Einfluss des ultrakonservativen Investors und Milliardärs Vincent Bolloré vermuten. In einem offenen Brief erklärten sie, sie wollten „keine Geiseln in einem ideologischen Krieg sein“, der autoritäre Tendenzen in Kultur und Medien fördere. Zu den bekanntesten Unterzeichnern zählen Virginie Despentes, Frédéric Beigbeder und Bernard-Henri Lévy. Im Zentrum der Kritik steht der Milliardär Vincent Bolloré, der als Investor hinter dem Verlag steht und politisch dem äußersten rechten Spektrum zugeordnet wird. Die Autorinnen und Autoren werfen ihm vor, zunehmend Einfluss auf die redaktionelle Ausrichtung zu nehmen. Die Schriftsteller sprechen von einem „inakzeptablen Angriff auf die verlegerische Unabhängigkeit“. Viele der Unterzeichner kündigten an, künftig keine Bücher mehr bei Grasset zu veröffentlichen. Einige prüfen zudem rechtliche Schritte, um die Rechte an ihren bereits erschienenen Werken zurückzuerlangen. Der französische Präsident, Emmanuel Macron, sagte dazu auf der Buchmesse in Paris am Freitagmorgen, es sei „sehr wichtig“, den editorischen Pluralismus sowie die Freiheit der Autoren und die Rolle der Verlage zu verteidigen.